

"Landwirtschaft - nur eine Kostenfrage?" in Süddeutsche Zeitung (19. Juli 1999)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. 19.07.1997. München.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"landwirtschaft_nur_eine_kostenfrage_"_in_suddeutsche_zeitung_19_juli_1999-de-3ecf1696-a4cd-42db-8c15-edb5b555e161.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Landwirtschaft - nur eine Kostenfrage?

Die Agenda 2000 zur EU-Erweiterung wirft erneut ein gesellschaftliches Kernproblem auf

Von Hans-Gerd Heine

Die Ost-Erweiterung der EU, wie sie in der von der Brüsseler Kommission vorgelegten Agenda 2000 jetzt skizziert ist, könnte die europäische und speziell die deutsche Landwirtschaft tiefgreifend verändern. Denn der Beitritt der Kandidaten Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland und Cypern stellt das bisherige System der europäischen Agrarpolitik in Frage. Diese Länder sind in ihrer Wirtschaft noch stark agrarisch und zum Teil kleinbäuerlich geprägt. Ihre Förderung nach der bisher praktizierten gemeinsamen Agrarpolitik wäre schlicht und einfach nicht zu bezahlen. Schon in der heutigen EU verschlingt der Agrarbereich ungefähr die Hälfte des gesamten Gemeinschaftsetats von etwa 165 Milliarden Mark, von dem Deutschland 29 Prozent aufzubringen hat.

Die Erweiterung der EU ist zwar eine große politische Aufgabe, stellt die Gemeinschaft aber auch vor enorme finanzielle Probleme. Brüssel glaubt dennoch, bis zum Jahr 2006 den EU-Haushalt nicht ausweiten zu müssen, sondern will durch Straffung der Regionalfonds 85 Milliarden Mark für die neuen Länder freimachen. Das dürfte zum einen die bisher besonders Begünstigten (Südeuropa, Irland) wenig freuen, weil für sie dann weniger abfielen, zum anderen aller Erfahrung nach aber dennoch zur Lösung der Probleme nicht reichen. Schließlich erreicht die Wirtschaftskraft der Kandidaten kaum mehr als ein Drittel des EU-Durchschnitts.

Um dieser drohenden Finanzklemme zu entgehen, wollen EU-Agrarkommissar Franz Fischler und die Kommission die Subvention der Produktion weiter abbauen, indem die Garantiepreise für Milch um zehn, für Getreide um 20 und für Rindfleisch um 30 Prozent gesenkt werden, und statt dessen den Bauern direkte Einkommensbeihilfen zahlen. Mit diesem Vorschlag will die Kommission zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen käme diese Art der Agrarförderung bei den niedrigen Löhnen in den künftigen Mitgliedsländern wesentlich billiger, als die gleichfalls sehr niedrigen Erzeugerpreise auf das heutige EU-Niveau „heraufzubesubventionieren“. Zum anderen würde die Landwirtschaft der gesamten EU ein erhebliches Stück näher an den Weltmarkt herangeführt.

Das brächte ihr neue Absatzchancen und weniger Ärger mit der Welthandelsorganisation WTO. Insofern leuchtet dieser Vorschlag ein. Zugleich aber würde die stärkere Ausrichtung am Weltmarkt die Strukturen in Richtung Großbetriebe verändern und Europas Landwirtschaft voll dem Sozial- und Umweltdumping aussetzen, wie es in weiten Teilen der Welt praktiziert wird.

Dem Brüsseler Konzept wollen Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU) und der Deutsche Bauernverband mit dem Bayern Gerd Sonnleitner an seiner Spitze nicht folgen. Für sie reichen die in Aussicht gestellten Ausgleichszahlungen nicht aus, um die Kürzungen der Garantiepreise auszugleichen. Sie haben bereits Einkommenseinbußen für die deutschen Bauern von 15 bis 20 Prozent errechnet. Generell aber zweifeln sie an der Verlässlichkeit solcher Ausgleichszahlungen, die allzu leicht wieder zur Disposition stehen könnten. Das hat sich durchaus gezeigt, denn seit zwei Jahren wird in Brüssel versucht, die mit der letzten Reform beschlossenen Ausgleichszahlungen wieder zusammenzustrichen.

Am schwersten wiegt aber der Einwand der deutschen Landwirtschaft, daß die Bauern durch direkte Einkommensbeihilfen immer mehr zu staatlichen Landschaftspflegern degradiert werden und immer weniger freie Unternehmer sein können. Sie wollen, und das ist verständlich, einen möglichst hohen Anteil ihres Einkommens durch Produktion zu Marktpreisen erzielen. Diese Marktpreise versprechen sie sich von Mengen-Kontingentierungen - wie mit den Milchquoten erfolgreich praktiziert -, um Überschuß-Produktionen zu verhindern, und von einem partiellen Außenschutz des EU-Marktes.

Solche Vorstellungen laufen natürlich jeglichem liberalen Welthandel zuwider. Dementsprechend werden sie auch zum Beispiel vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) strikt abgelehnt. Dabei wird allerdings übersehen, daß die Landwirtschaft kein Wirtschaftszweig wie jeder andere ist. An ihren Standort gebunden und vom Wetter abhängig, hat sie von

Region zu Region höchst unterschiedliche Voraussetzungen für den weltweiten Wettbewerb. Ginge es nur nach ökonomischen Kriterien, würde sich die Landwirtschaft weltweit sehr bald auf wenige optimale Standorte konzentrieren und dort dann intensiv, ohne Rücksicht auf Mensch, Tier und Umwelt „wirtschaften“. Alle übrigen Regionen, auch die deutschen Mittelgebirgslandschaften, wären weitgehend der Verödung und Verwilderung preisgegeben.

Unter Kosten-Gesichtspunkten mag eine derart konzentrierte Landwirtschaft sinnvoll sein, unter Nutzen-Gesichtspunkten wäre sie völlig inakzeptabel. Denn Aufgabe der Landwirtschaft ist nicht nur die preiswerte Produktion von Nahrungsmitteln, sondern auch die Erhaltung der ländlichen Räume mit ihren Kulturlandschaften. Mit der Erweiterung der EU stellt sich somit drängender denn je die Schlüsselfrage: Reicht es aus, die Gesellschaft fast nur noch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren und auszurichten?